



Dr. Ilja Seifert hat für das laufende Jahr den Vorsitz des DBR-Sprecherrates inne.



Bundesministerin Andrea Nahles mit der Präsidentin des Deutschen Sozialgerichtstages, Monika Paulat (re.), die einen Vortrag zu rechtlichen Aspekten hielt.



Fotos: Laurin Schmid

Die Veranstaltung des Deutschen Behindertenrates stand unter dem Motto „Ein Blick zurück und zwei nach vorn“. Im Mittelpunkt stand der Austausch der Teilnehmer.

Politische Veranstaltung des DBR zum Welttag der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember

# „Die Vielfalt ist das Interessante an uns!“

Zum Welttag der Menschen mit Behinderung lud der Deutsche Behindertenrat (DBR) nach Berlin. Rednerin war unter anderem die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, MdB (SPD). Der Vorsitz des DBR-Sprecherrates ging an Dr. Ilja Seifert vom Allgemeinen Behindertenverband in Deutschland. Er unterstrich die Forderung nach Inklusion mit den Worten, es seien gerade unsere Unterschiede und unsere Vielfalt, die uns interessant machen.

Im Vorfeld der Veranstaltung hatte sich der Deutsche Behindertenrat (DBR) zur Frage der Beschäftigung behinderter Menschen geäußert (siehe Kasten rechts). In seiner Eröffnungsrede griff der scheidende Vorsitzende des DBR-Sprecherrates, Adolf Bauer, diese Kritik auf. Bauer sagte, Schwerbehinderte würden vom Aufschwung am Arbeitsmarkt abgekoppelt und hätten trotz hoher Qualifikationen meist das Nachsehen.

Laut Gesetz müssen Arbeitgeber mindestens fünf Prozent ihrer Stellen mit schwerbehinderten Arbeitnehmern besetzen. Wer dies nicht tut, zahlt eine Ausgleichsabgabe. Rund jeder vierte Betrieb nutzt diese Abgabe jedoch dazu, sich von seiner Beschäftigungspflicht freizukaufen – in 37000 Unternehmen in Deutschland arbeitet kein einziger Mensch mit Behinderung. Der DBR fordert daher, die Abgabe deutlich zu erhöhen, um so zu erreichen, dass die gesetzlich vorgegebene Beschäftigungspflicht eingehalten wird.

Lob äußerte Adolf Bauer dagegen in Richtung der neuen Bundesregierung. Diese stehe zu ihrem Wort und arbeite gemeinsam mit den Menschen mit Behinderung und ihren Verbänden.

Zu dieser Zusammenarbeit bekannte sich auch Bundesministerin Andrea Nahles in ihrer Rede. Sie erklärte, der Aktionsplan zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN) sei gut und richtig. Dessen Weiterentwicklung werde ihr Ministerium auch im Jahr 2015 vorantreiben.

Einblick gewährte Nahles auch in ihre weiteren Vorhaben. So solle etwa die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt werden, bei dem der Mensch im Mittelpunkt stehe. Ein Bundesteilhabegesetz, so versprach die Ministerin, solle

im Laufe des Jahres 2016 verabschiedet werden.

Wünsche zu diesem Teilhabegesetz äußerte auch Verena Bentele, die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Sie verbinde damit die Hoffnung, dass behinderte Menschen in allen Lebenslagen selbst entscheiden und somit auch selbstbestimmt leben können.

Ähnlich äußerte sich der neue Vorsitzende des DBR-Sprecherrates, Dr. Ilja Seifert. Bezogen auf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention forderte er, die Menschenrechte stärker als bisher in den Mittelpunkt zu rücken.

Seifert beendete seine Rede mit einem Plädoyer für Inklusion: „Die Vielfalt ist das Gute an uns; die Unterschiede sind das Gute an uns; nicht, dass wir alle gleich sind, sondern dass wir alle unterschiedlich sind, das ist interessant.“

job

*Bereits 2016 soll ein Bundesteilhabegesetz verabschiedet werden*

*Für Inklusion muss sich die Mehrheitsgesellschaft verändern*

*Der Satz „Nichts über uns ohne uns!“ ist Realität geworden*



SoVD-Präsident Adolf Bauer gab sein Amt als Vorsitzender des DBR-Sprecherrates ab. Er dankte der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, für die gute Zusammenarbeit.



Selbstverständlich wurde alles Gesagte simultan in Gebärdensprache übersetzt.



Foto: Herbert Schlemmer

Die Forderungen des Deutschen Behindertenrates stellten Holger Borner (li.), Barbara Vieweg und Adolf Bauer auf einer Pressekonferenz in Berlin vor.

## Behindertenrat fordert höhere Ausgleichsabgabe

Auf einer gut besuchten Pressekonferenz übte der Deutsche Behindertenrat (DBR) scharfe Kritik an der Beschäftigungspolitik für behinderte Menschen. Das DBR-Aktionsbündnis forderte, die gesetzlich vorgegebene Beschäftigungspflicht einzuhalten, wonach private und öffentliche Arbeitgeber schwerbehinderte Menschen beschäftigen müssen. Die Ausgleichsabgabe deutlich zu erhöhen, das sei überfällig, erklärte Adolf Bauer. Der SoVD-Präsident stellte anlässlich des Welttages der Menschen mit Behinderung elf Forderungen des Aktionsbündnisses vor.

„Wenn Unternehmen behinderte Arbeitslose trotz ausgezeichneter Qualifikationen nicht einstellen und damit ihre Pflichten vollständig ignorieren, sollen sie dafür einen höheren Preis zahlen, als dies bisher der Fall war“, sagte Bauer. Er verwies auf Studien, denen zufolge Arbeitslose mit einer Behinderung häufig besser qualifiziert seien als nicht behinderte. Zudem müssten Anreize und Unterstützung für die Unternehmen geschaffen werden, die bereits erkannt haben, dass sich die Beschäftigungspflicht in Wahrheit auszahlt.

Neben der Arbeitsmarktpolitik zeigt der Forderungskatalog auch den Handlungsbedarf in den Bereichen Bildung, Wahlrecht und Barrierefreiheit auf. Zudem forderte der DBR Maßnahmen gegen die fortwährende Gewalt an behinderten Menschen. „Das Zwei-Klassen-Strafrecht muss beendet werden, in dem immer noch nach der Widerstandsfähigkeit der Opfer unterschieden wird“, sagte DBR-Sprecherratsmitglied Barbara Vieweg.

Im Deutschen Behindertenrat haben sich über 140 Organisationen behinderter und chronisch kranker Menschen zu einem Aktionsbündnis vereinigt. Es repräsentiert mehr als zweieinhalb Millionen Betroffene in Deutschland.